

Abtreibung per Pille – nicht in der Bundesrepublik

Die „Abtreibungspille“ RU 486, die weltweit zu heißen Diskussionen zwischen Abtreibungsgegnern und -befürwortern geführt hat, wird den bundesdeutschen Frauen in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung stehen. Der Vorstand der französischen Pharmafirma Roussel-Uclaf, einer Tochtergesellschaft der deutschen Hoechst AG, hat entschieden, das Medikament zunächst in den autorisierten Kliniken in Frankreich zu belassen. Erst wenn mehr Erkenntnisse über den klinischen Einsatz

von RU 486 gewonnen sind, soll über weitere Schritte beraten werden.

Im Gespräch mit MMW betonte F. Feick, Prokuristin bei der Hoechst AG, daß sich der Pharmabereich dieser Firma nicht veranlaßt sehe, sich auf ein Gebiet zu begeben, auf dem eine Vielzahl divergierender ethischer und moralischer Anschauungen existiert. Hunderte von Briefen französischer Bürger, die täglich bei Hoechst eingehen und verlangen, Hoechst solle sich für eine Rücknahme des Produkts in

Frankreich einsetzen, sowie große Schwierigkeiten mit den Pro-Life-Gruppen in den USA unterstützen diese Haltung.

Andererseits ist es, so Feick, unwahrscheinlich, daß RU 486 wieder vollständig zurückgezogen wird, da es von vielen als eine humanere Alternative zu anderen Methoden anerkannt werde. Hier lasse sich die Forschung nicht aufhalten. Viele Länder, die auf diesem Gebiet klarere gesetzliche Regelungen haben als die Bundesrepublik, würden es begrüßen, RU 486 zur Verfügung zu haben. Das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit habe jedoch zu diesem Problem noch keine Stellung bezogen. (Vgl. auch nachstehendes Interview) (fe)

Nachgefragt bei Professor Dr. M. Breckwoldt, Freiburg

Medizinischer Bedarf für RU 486?

Das Antigestagen Mifepriston, besser bekannt unter der Bezeichnung RU 486, wird in der Bundesrepublik in absehbarer Zeit nicht auf den Markt kommen. M. Breckwoldt, Freiburg, nimmt zu dieser Entscheidung aus gynäkologischer Sicht Stellung.

MMW: Halten Sie es aus medizinischer Sicht für richtig, RU 486 in der Bundesrepublik nicht auf den Markt zu bringen?

Breckwoldt: Hier muß ein klares „Nein“ ausgesprochen werden. Bei korrekter medizinischer Handhabung und gegebener Indikation ist es im Interesse der Gesundheit der betroffenen Patientinnen, eine derartige Substanz zur Verfügung zu haben. In den ersten 14 Tagen nach Ausbleiben der Regel kann damit in nahezu 100% der Fälle ein Schwangerschaftsabbruch erzielt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt wird die Gabe



von Mifepriston mit der Injektion des Prostaglandins E kombiniert, die 48 Stunden später erfolgt. Der Vorteil ist, daß das Prostaglandin in sehr viel geringeren Konzentrationen als sonst üblich eingesetzt werden kann. Hier muß vor allem auch berücksichtigt werden, daß es ja nicht nur um den Einsatz dieses Medikaments bei der Abtreibung geht, sondern auch um die Behandlung der natürlichen Fehlgeburt.

MMW: Welche weiteren Indikationen stehen zur Diskussion?

Breckwoldt: Das Präparat läßt sich zur Behandlung des Morbus Cushing aufgrund seiner gleichzeitig vorhandenen antiglukokortikoiden Wirkung einsetzen. Außerdem käme es zur Geburtseinleitung und -programmierung in Betracht. Zur Zeit wird sein Einsatz auch beim Mammakarzinom und bei der Endometriose diskutiert.

MMW: Welche Erfahrungen wurden bisher in Frankreich mit diesem Präparat gemacht?

Breckwoldt: In Frankreich wurden inzwischen an 80 Kliniken etwa 20 000 Schwangerschaftsabbrüche mit RU 486 durchgeführt. Meines Wissens traten dabei bisher keine Komplikationen auf. □

Dioxin: neue Meßdaten vorgelegt

Neuere Meßdaten über die Dioxinbelastung von Nahrungsmitteln weisen zwar nicht auf eine gesundheitliche Gefährdung durch diese Stoffe hin. In der Muttermilch wurden jedoch Konzentrationen gefunden, bei denen der erforderliche Sicherheitsabstand zu einer bedenklichen Dosis nicht mehr gewährleistet ist.

Nach Mitteilung des bga-Pressedienstes ist dies ein Ergebnis neuerer Untersuchungen, die im Rahmen einer fachöffentlichen Anhörung zum Thema „Dioxine und Furane“ – durchgeführt vom Bundesgesundheitsamt und vom Umweltbundesamt – zur Sprache kamen. Die anwesenden Wissenschaftler waren sich, trotz kontroverser Stellungnahmen u. a. aufgrund dieses Resultats darüber einig, daß die Belastung der Umwelt und des Menschen durch Dioxine, die mehrheitlich bei der Produktion und Entsorgung chlororganischer Stoffe entstehen, in den Industrieländern zu hoch ist, und forderten, die Emission von Dioxinen und Furanen in die Umwelt und damit auch in die Nahrungskette zu minimieren. Allerdings ließen selbst konsequente Minimierungsmaßnahmen nicht erwarten, daß sich die Belastung für den Menschen kurzfristig verringert. (fe)